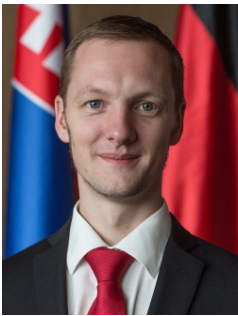




von Josias Terschüren
April 2019



Josias Terschüren

Nach Bundestagsabstimmung zum FDP-Antrag: Deutschland auf Anti-Israelkurs?

Der Eindruck, der sich nach der jüngsten Abstimmung des Bundestages zum FDP-Antrag „Deutsches und europäisches Abstimmungsverhalten in Bezug auf Israel bei den Vereinten Nationen neu ausrichten“ über Deutschland und seine Haltung gegenüber Israel aufdrängte, ist verheerend.

Die zentrale Forderung des Antrags lautete: *„Um eine glaubwürdige Außenpolitik vertreten zu können und die deutsche Staatsräson mit Leben zu füllen, zu der nach der vollen Überzeugung des Deutschen Bundestages die Sicherheit und das Existenzrecht Israels gehören, ist es dringend geboten, das deutsche Abstimmungsverhalten in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen zu ändern. Auf europäischer Ebene sollte Deutschland darüber hinaus eine aktive Führungsrolle für eine Neuausrichtung des gemeinsamen Abstimmungsverhaltens der europäischen Partner annehmen.“*

Kurzer Rückblick: Am Abend des 14. März 2019 lehnte der Bundestag in einer namentlichen Abstimmung besagten Antrag mit 408 zu 155 Stimmen bei 63 Enthaltungen ab. Die Unionsparteien, die geschlossene SPD und die Linken stimmten (bis auf zwei nennenswerte Ausnahmen) mit Nein, die Grünen enthielten sich geschlossen, einzig die antragstellende Partei der FDP und fast die gesamte AfD als größter Block der Unterstützer, votierten für den Antrag.

Dass auch ausgewiesene Israelfreunde in der Union diesen Kurs mittragen, zeigt das Maß an Verärgerung über das parteipolitisch kalkulierte Vorgehen der FDP.

Aus den Reihen von Israelfreunden, der jüdischen Gemeinschaft, aus Israel und Amerika, aber gerade auch in den Medien wurde schnell deutliche, ja vernichtende Kritik laut, war doch der Antrag „common sense“ – d. h. in der Sache stimmig und argumentativ nicht widerlegbar. Er spiegelte schlicht die Realität dessen wider, was tagtäglich in den Vereinten Nationen abläuft und sich in unschöner Regelmäßigkeit in Form anti-Israelischer Resolutionen der Generalversammlung, aber auch anderer UN-Unterorganisationen und Ausschüssen manifestiert. Der UN-Menschenrechtsausschuss hat gar einen festen Tagesordnungspunkt „Agenda item 7“ ausschließlich für Kritik am Staat Israel etabliert, der in jeder Sitzungsperiode von dem Who-Is-Who der diktatorischen und autokratischen Regimes der Welt mit Anträgen gegen den jüdischen Staat geflutet wird. Dieser Umstand wird von der deutschen Außenpolitik toleriert und weitestgehend mitgetragen. Man muss der Fraktion der FDP deshalb dankbar sein, dass Sie diese Schieflage deutscher Außenpolitik auf dem internationalen Parkett so deutlich aufgezeigt, die Missstände klar benannt und konstruktive Vorschläge zu deren Änderung unterbreitet hat! Mittlerweile sind auch aus der Union Stimmen zu hören, die dem inhaltlichen Kern des Antrags beipflichten.¹

Allerdings gibt es auch die andere Seite der Medaille: Die Arbeit des Bundestages basiert auf fest etablierten Abläufen, zu denen gehört, dass ein Antrag normalerweise Lesungen durchläuft und in einem sachbezogenen Ausschuss debattiert wird,

¹ <https://www.idea.de/politik/detail/un-resolutionen-zu-israel-kritik-an-der-bundesregierung-108675.html>



sodass die Abgeordneten der Fraktionen miteinander um Kompromisse und einen möglichst breit getragenen Konsens ringen können. Dadurch wird die Abstimmung im Plenum vorbereitet und davon lebt der demokratische Gesetzgebungsprozess! So kam zuletzt im Mai 2018 zum Anlass des 70. Jubiläums der Staatsgründung Israels erfolgreich ein substanzuell-israelfreundlicher und fraktionsübergreifender Beschluss als Ausdruck deutscher Staatsräson zustande!



So drängt sich der traurige Anschein auf, dass die bundesdeutsche Position gegenüber der Tatsache einer institutionalisierten anti-Israel Schlagseite der Vereinten Nationen von Indifferenz oder gar Zustimmung geprägt sei und das ist höchst tragisch!

Die FDP hat mit ihrem Antrag diesen Prozess umgangen; sie legte einen fertigen Antrag vor, forderte eine namentliche Abstimmung und wählte das Mittel der Sofortabstimmung, wodurch sie den Abgeordneten der anderen Parteien quasi „die Pistole auf die Brust“ setzte – ein ungewöhnliches Vorgehen! Unionspolitiker beteuern, nicht wie gewöhnlich angefragt und dadurch überrumpelt worden zu sein. So ließ die große Koalition den Antrag abblitzen. Zwar hätte man sich noch mit einem Kniff aus der Geschäftsordnung, „Kategorie Brechstange“ behelfen können, indem man das Mittel der Sofortabstimmung mit einfacher Mehrheit abgelehnt und den Antrag in einen Ausschuss überwiesen hätte, aber das erschien der Union, laut der Aussage von Roderich Kiesewetter, der Angelegenheit für nicht würdig. Dass auch ausgewiesene Israelfreunde in der Union diesen Kurs mittrugen, zeigt das Maß an Verärgerung über das parteipolitisch kalkulierte Vorgehen der FDP. In ihrem edlen Unterfangen hat diese nämlich die politische Etikette vernachlässigt und damit indirekt zum negativen Abstimmungsergebnis beigetragen, das dem eigentlichen Anliegen geschadet hat.



So drängt sich der traurige Anschein auf, dass die bundesdeutsche Position gegenüber der Tatsache einer institutionalisierten anti-Israel Schlagseite der Vereinten Nationen von Indifferenz oder gar Zustimmung geprägt sei und das ist höchst tragisch!

Opposition und Regierung tragen beide ihren Anteil am augenscheinlich desaströsen Ergebnis der Abstimmung; beide sollten daraus Schlüsse ziehen und sind jetzt gefordert: Die Union sollte zusammen mit dem Koalitionspartner SPD auf der Grundlage des Bundestagsbeschlusses vom letzten Jahr aktiv werden (Drucksache 19/1823)². Denn der Antrag der FDP schlüsselt im Grunde genommen einfach nochmal en detail das auf, was bereits Beschlusslage ist – Punkt 5 des Beschlusses vom letzten Jahr ist in Essenz der Antrag der FDP – damals hat die Bundesregierung bereits einen deutlichen Auftrag vom Parlament bekommen, den es nun endlich anzupacken und umzusetzen gilt! Konkrete Veränderungen im Abstimmungsverhalten Deutschlands in der UNO müssen daraus resultieren,

um „Israel und legitime Interessen Israels in internationalen Organisationen vor einseitigen Angriffen zu schützen;“ wie es damals hieß.³

² <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/018/1901823.pdf>

³ <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/018/1901823.pdf>



Gleichzeitig sollte die FDP in ihrem Anliegen mehr Kollegialität walten lassen, um das Thema Israel nicht in Mitleidenschaft zu ziehen. Nur so kann der entstandene Schaden noch von den deutsch-israelischen Beziehungen abgewendet werden.

Übersicht

In den vergangenen zwei Monaten ereigneten sich über die Bundestagsabstimmung hinaus derart viele erwähnenswerte Dinge mit Einfluss auf die deutsch-israelischen Beziehungen, dass es schwer ist, sich mit allen angemessen zu befassen. Deshalb sei hier im Telegrammstil eine kurze Auflistung wiedergegeben:

Iran

- Außenminister Heiko Maas nahm nicht selbst an der von den USA und Polen gehosteten Konferenz in Warschau ⁴ vom 14.-15. Februar teil, bei der Repräsentanten von über 60 Nationen zu Themen des Nahen Ostens und insbesondere über den Iran diskutierten. Das Auswärtige Amt schickte stattdessen Staatssekretär Niels Annen (SPD) nach Warschau, der ausgerechnet von einer Feierlichkeit in der iranischen Botschaft zum 40. Jahrestages der islamischen Revolution im Iran kommend in den Flieger stieg. Eine recht undiplomatische Geste in Richtung der USA, Israel und der arabischen Staaten, denen man damit das Signal sendete: Eure Interessen sind uns nicht so wichtig.
- Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sah sich Ende Februar breiter und unnachgiebiger Kritik für sein Telegramm an das iranische Regime ausgesetzt, das er anlässlich des 40. Jahrestages der islamischen Revolution im Iran verschickte und diesem „auch im Namen meiner Landsleute“ gratulierte.⁵ Kritik kam u.a. von Ahmad Mansour⁶, Gitta Connemann⁷, Hamed Abdel Samad⁸, Zentralratspräsident Josef Schuster⁹ und selbst dem ARD-Magazin Kontraste¹⁰!
- Die Weigerung der Bundesregierung, entgegen bisheriger Gepflogenheit einen Report über illegitime Beschaffungs-Aktivitäten des Iran in Deutschland zugunsten seines Raketen- oder Atomprogramms zu veröffentlichen, sendet ein fatales Signal.¹¹ Warum deckt die Bundesregierung den Iran gegenüber der Öffentlichkeit und unseren amerikanischen Freunden? Was gibt es denn zu verschweigen?

Die Weigerung der Bundesregierung, entgegen bisheriger Gepflogenheit einen Report über illegitime Beschaffungs-Aktivitäten des Iran in Deutschland zugunsten seines Raketen- oder Atomprogramms zu veröffentlichen, sendet ein fatales Signal!

4 <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2019/02/trump-administration-cant-get-united-front-against-iran/582877/>

5 <https://www.tagesspiegel.de/politik/bundespraesident-steinmeier-verteidigt-sein-iran-telegramm/24042494.html>

6 https://twitter.com/AhmadMansour_/status/1098352307161452544

7 <https://twitter.com/drumheadberlin/status/1099045133473976321>

8 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article189439671/Telegramm-Islam-Kritiker-stellt-Steinmeier-in-Schloss-Bellevue-zur-Rede.html>

9 <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/kritik-an-steinmeier-wegen-iran-glueckwuenschen/>

10 <https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-28-02-2019/wie-die-bundesregierung-sich-bei-den-mullahs-anbietet.html>

11 <https://www.foxnews.com/world/germany-hides-irans-illegal-nuclear-and-missile-activity-as-us-seeks-to-punish-the-mullah-regime>



Auch die kulturelle Sphäre betroffen

- In der Zwischenzeit verglich das Anne Frank Zentrum in Frankfurt am Main die Ausbürgerung von Terroristen des Islamischen Staates mit derjenigen von Juden im Dritten Reich¹² und es gab einen Eklat über das informelle Treffen des Direktors des Jüdischen Museums Berlin mit dem Kulturrat der iranischen Botschaft.¹³ Die fehlgeleiteten Aktivitäten dieser kulturellen Institutionen, die dem Namen nach zum Wohle jüdischen Lebens in Deutschland errichtet worden sind, stimmen sehr bedenklich!



- Was dagegen an Positivem geschehen kann, wenn Politik, Zivilgesellschaft und Medien zusammen gegen Feinde unserer demokratischen Grundordnung aufstehen, hat sich in der Angelegenheit rund um die wegen zweifachen Mordes verurteilte PLFP-Terroristin Rasmeh Odeh gezeigt, die Mitte März auf einer BDS-Veranstaltung in Berlin¹⁴ sprechen sollte. Neben dem israelischen Botschafter Jeremy Issacharoff und dem US-Botschafter Richard Grenell hatten sich auch die jüdische Gemeinschaft, einige NGOs, Aktivisten und Medien mit der Bitte an das Innenministerium und den Berliner Senat gewandt, einzugreifen. Auch die Initiative 27. Januar hatte sich für eine Absage der Veranstaltung und die Ausweisung Odehs eingesetzt und stand in direktem Austausch mit dem regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller. Die Bemühungen waren nicht umsonst: Am Tag des geplanten Auftritts belegten die Behörden Odeh mit einem Redeverbot und wiesen ihre Ausweisung an, während der Moscheeverein dem die Räumlichkeiten gehörten den Mietvertrag von Odehs Veranstaltung cancelte. Odeh klagte vor dem Oberverwaltungsgericht gegen die behördlichen Maßnahmen, verlor¹⁵ und stand vor der Entscheidung das Land selbstständig zu verlassen oder umgehend aus Deutschland

ausgewiesen zu werden¹⁶ – ein wichtiges Signal dahingehend, dass Israelhasser in Deutschland keinen Platz haben!

Auf internationaler Ebene hingegen stellte sich die Bundesregierung aktiv positiven Entwicklungen entgegen, die für die Sicherheit Israels von elementarer Bedeutung sind:

- Als Großbritannien Ende Februar die künstliche Unterscheidung in einen politischen und einen militärischen Arm der Hisbollah aufhob und die ganze Organisation auf seine Terrorliste setzte, hielten Angela Merkel, Horst Seehofer und Heiko Maas weiter an dem bisherigen Standpunkt fest, man müsse im

12 <https://www.jpost.com/International/Anne-Frank-center-compares-Jews-fleeing-Nazis-to-Islamic-State-terrorists-582938>

13 <https://starke-meinungen.de/blog/2019/03/18/das-juedische-museum-und-das-mullah-regime-nuetzliche-idioten-betrogene-oder/#more-7811>

14 <http://bdsberlin.org/2019/03/13/palaestinensische-frauen-im-befreiungskampf/>

15 <https://www.berlin.de/gerichte/oberverwaltungsgericht/presse/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.797905.php>

16 <https://twitter.com/MartinPallgen/status/1111257856626569216>



kritischen Dialog mit dem politischen Arm der Hisbollah bleiben und dürfe diesen nicht verbieten. Staatsminister Niels Annen erklärte die Haltung der Regierung in einem Spiegelinterview.¹⁷ Warum diese irrig ist, begründeten die Nahostexperten Benjamin Weinthal und Mark Dubowitz in Audiatur Online.¹⁸

- Anfang letzter Woche, Ende März, unterzeichnete US-Präsident Trump eine Anordnung, die Golanhöhen offiziell als israelisches Staatsgebiet anzuerkennen. Vor dem Hintergrund wiederholter Angriffe auf Israels Staatsgebiet von Syrien aus und der Präsenz iranischer Truppen, sowie Terrorzellen der Hisbollah nahe der israelischen Grenze, ist die Anerkennung ein zeitiger und nachahmenswerter Schritt. Doch die deutsche Regierung, die ja noch vor einigen Monaten gemeinsam mit dem massenmörderischen syrischen Regime in einer UNO-Resolution die Golan-Höhen als besetztes Gebiet bezeichnet hatte, sieht das nicht so, wie Heiko Maas umgehend deutlich machte: Sie erkennt zwar Israels Sicherheitsinteressen in Verbindung mit den Golanhöhen an, lehnt aber eine Anerkennung der Annektierung des Golan durch Israel ab.¹⁹ Kanadas frühere Botschafterin in Israel, Vivian Bercovici, erklärt die historischen Zusammenhänge in einem lesenswerten Artikel und führt aus, warum die Annektierung der Golanhöhen durch Israel internationalem Recht nicht widerspricht und warum eine Anerkennung israelischer Souveränität über das Areal unterstützenswert ist.²⁰
- Im Verlauf der 40. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats regte sich starker Widerstand gegen die Beibehaltung des Tagesordnungspunktes 7, einer institutionalisierten Form des Antizionismus in der UNO. Unter „Agenda item 7“ werden ausschließlich vermeintliche Menschenrechtsverletzungen Israels behandelt, die regelmäßig von solch „vorbildlichen“ Oasen der Rechtsstaatlichkeit wie China, Katar, Kuba, Saudi-Arabien oder Pakistan gegen die einzige Demokratie im Nahen Osten vorgebracht werden. Großbritannien, Australien, Österreich und Dänemark sprachen sich für eine Abschaffung von „Agenda Item 7“ aus.²¹

Initiative 27. Januar e.V.

Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40 / 4302
10117 Berlin

Telefon 030 / 12 07 42 28

E-Mail berlin@initiative27januar.org

www.initiative27januar.org

www.facebook.com/initiative27januar

www.youtube.com/initiative27januar

Spendenkonto

Initiative 27. Januar:

Empfänger: Initiative 27. Januar e.V.

Evangelische Bank

Kontonummer: 5 344 166

Bankleitzahl: 520 604 10

IBAN: DE03 5206 0410 0005 3441 66

BIC: GENODEF1EK1

Die Initiative 27. Januar e.V. ist beim Amtsgericht München im Vereinsregister (VR 20 25 70) eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zuwendungen an den Verein sind steuerabzugsfähig. Wenn Sie im Verwendungszweck Ihrer Spendenüberweisung Ihre Adresse angeben, bekommen Sie Anfang des nächsten Jahres für Ihre Spenden des vergangenen Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung per Post zugesandt, die zur Vorlage beim Finanzamt dient.

Politisches Monitoring und dessen Analyse kosten eine Menge Zeit. Bitte unterstützen Sie unseren von nun an zweimonatlich erscheinenden Monitoring Report mit Ihrer Spende, vielen Dank!

17 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/annen-spiegel-hisbollah/2198004>

18 <https://www.audiatur-online.ch/2019/03/12/europas-wahnvorstellungen-von-der-hisbollah/>

19 <https://www.zeit.de/news/2019-03/24/maas-golanhoehen-geh hoeren-voelkerrechtlich-nicht-zu-israel-20190324-doc-1f036h>

20 <https://nationalpost.com/opinion/vivian-bercovici-critics-of-trumps-golan-heights-order-need-to-brush-up-on-facts#click=https://t.co/eDYTeKT5O0>

21 <https://www.jpost.com/Israel-News/Denmark-Austria-UK-Australia-to-oppose-anti-Israel-resolutions-at-UNHRC-584215>